

Daniel Morat/Irmgard Zündorf

GESCHICHTSPOLITIK IM MUSEUM

Einleitung

Seit den 1980er-Jahren erleben wir in der Bundesrepublik und auch in anderen Ländern einen Museumsboom, der noch lange nicht abgeschlossen zu sein scheint. Er zeichnet sich nicht allein durch immer neue Museumsgründungen und hohe Besuchszahlen aus,¹ sondern auch durch eine umfassende mediale Begleitung und öffentliche Diskussion von Museums- und Ausstellungseröffnungen. Gleichzeitig wandeln sich Funktion und Selbstverständnis vieler Museen seit Beginn des 21. Jahrhunderts: weg von elitären Bildungseinrichtungen, hin zu Orten des zivilgesellschaftlichen Austauschs und der Partizipation. Dieser Wandel in der Museumswelt trifft gegenwärtig auf ihrerseits gewandelte geschichtspolitische Ansprüche, die an die Museen herangetragen werden: Zum einen lässt sich von einer Renaissance nationalistischer und propagandistischer Geschichtspolitik in autoritär geführten Staaten wie der Türkei, Russland oder – innerhalb der EU – Polen und Ungarn sprechen, die auch die Museen für sich vereinnahmen möchte.² Zum anderen äußert sich in vielen

1 Markus Walz spricht allerdings bereits von einer »Boomkrise«, da zwar die Besuchszahlen in den Museen insgesamt steigen, diese aber nicht mit der Zahl der Museumsneugründungen mithalten können und daher die durchschnittlichen Besuchszahlen pro einzeltem Museum sinken; vgl. Markus Walz, Von der deutschen Vereinigung zur Boomkrise der Gegenwart, in: ders. (Hg.), *Handbuch Museum. Geschichte, Aufgaben, Perspektiven*, Stuttgart 2016, S. 69-75. Für umfangreiches statistisches Material zu den Besuchszahlen in der Bundesrepublik (seit 1981) siehe <<https://www.smb.museum/museen-und-einrichtungen/institut-fuer-museumsforschung/forschung/publikationen/materialien-aus-dem-institut-fuer-museumsforschung.html>>.

2 Vgl. den Bericht von Jakob Saß zur Tagung »Geschichtspolitik und neuer Nationalismus im gegenwärtigen Europa«, 10./11.10.2017 in Berlin, in: *H-Soz-Kult*, 25.11.2017, URL: <<https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7411>>; zu Auswirkungen der neuen Geschichtspolitik auf

westlichen Staaten eine zunehmende Kritik an nationalen Sinnstiftungserzählungen im Museum, die zugunsten stärker pluralistischer, manchmal aber auch partikularistischer Perspektiven aufgebrochen werden sollen.³ Diese aktuellen Entwicklungen möchten wir im Folgenden anhand von vier Beispielen aus Polen, Österreich, den USA und Deutschland beleuchten.⁴ Vorab sind jedoch einige allgemeine Bemerkungen zur Geschichtspolitik im Museum angezeigt.

1. Museale Geschichtspolitik

Der Neologismus »Geschichtspolitik« geht auf den deutschen »Historikerstreit« Mitte der 1980er-Jahre zurück und wurde zunächst als abwertende Vokabel für einen tendenziösen, ideologisierten Missbrauch von Geschichte geprägt.⁵ In der Folgezeit hat er sich jedoch als wertneutrale Beschreibungskategorie für das Politikfeld etabliert, das aus jenen Diskursen und Handlungen besteht, »mit denen die Deutung von Geschichte als gegenwärtige öffentliche Repräsentation einer kollektiv relevanten Vergangenheit zu politischen Zwecken betrieben wird«. ⁶ Oder, in der Definition von Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik ist das »Handlungs- und Politikfeld, auf dem verschiedene Akteure Geschichte mit ihren spezifischen Interessen befrachten und politisch zu nutzen suchen«. ⁷

die Museen auch die Tagung »Das umkämpfte Museum. Zeitgeschichte ausstellen zwischen Deonstruktion und Sinnstiftung«, 3./4.10.2018 in Wien, in: H-Soz-Kult, 2.8.2018, URL: <<https://www.hsozkult.de/event/id/termine-37835>>; sowie das Panel »Museen in krisenhaften Zeiten: Washington, Brüssel, Bonn, Wien« auf dem Österreichischen Zeitgeschichtetag, 5.–7.4.2018 in Wien, URL: <<https://zgt18.univie.ac.at/programm/panels-i-6-april-2018/panel-14/>>.

- 3 Vgl. Joachim Baur, Museum – Bühne – Arena. Geschichtspolitik und Musealisierung im Zeichen von Globalisierung und gesellschaftlicher Pluralisierung, in: Etienne François u.a. (Hg.), *Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich*, Göttingen 2013, S. 451-469.
- 4 Die Beiträge basieren auf der Sektion »Museen im Widerstreit – Museale Geschichtspolitik zwischen Nationalismus und Globalisierung« beim 52. Deutschen Historikertag in Münster am 28.9.2018; vgl. den Bericht von Helen Wagner, in: H-Soz-Kult, 20.10.2018, <<https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7898>>.
- 5 Vgl. Harald Schmid, Vom publizistischen Kampfbegriff zum Forschungskonzept. Zur Historisierung der Kategorie »Geschichtspolitik«, in: ders. (Hg.), *Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis*, Göttingen 2009, S. 53-75; Stefan Troebst, Geschichtspolitik, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 4.8.2014, URL: <http://docupedia.de/zg/troebst_geschichtspolitik_v1_de_2014>.
- 6 Harald Schmid, Konstruktion, Bedeutung, Macht. Zum kulturwissenschaftlichen Profil einer Analyse von Geschichtspolitik, in: Horst-Alfred Heinrich/Michael Kohlstruck (Hg.), *Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie*, Stuttgart 2008, S. 75-98, hier S. 78.
- 7 Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999, S. 25.

So verstanden, waren historische Museen immer schon Orte der Geschichtspolitik. Dies zeigt sich besonders deutlich an der Idee des Nationalmuseums, die sich im Europa des 19. Jahrhunderts durchsetzte. Zahlreiche Kunst- und Geschichtsmuseen mit regionalem oder nationalem Bezug entstanden in dieser Zeit. Durch ihre Sammlungen und Ausstellungen sollten sie ein patriotisches Bewusstsein im Sinne der neu entstehenden Nationalstaaten unterstützen.⁸ Museen wurden in dieser Zeit zu »identitätsstiftenden« Einrichtungen.⁹ In Deutschland steht für diesen Museumstyp das 1853 gegründete, bis heute unter diesem Namen existierende »Germanische Nationalmuseum« in Nürnberg: Noch vor der Etablierung des Nationalstaates 1871 sollte es »Dinge zusammentragen, die eine gemeinsame kulturelle Identität der deutschsprachigen Gebiete belegen[,] und so wirkmächtige Symbole für eine neue Gemeinschaft stiften«.¹⁰

In den 1980er-Jahren, mehr als 100 Jahre später, wurden mit dem »Deutschen Historischen Museum« (DHM) in Berlin und dem »Haus der Geschichte« (HdG) in Bonn zwei nationalgeschichtliche Museen der Bundesrepublik Deutschland gegründet, die in dieser Tradition der Nationalmuseen aus dem 19. Jahrhundert zu sehen sind. Ihre Entstehung reicht in die Phase der deutschen Teilung zurück, erhielt im Zuge der staatlichen und gesellschaftlichen Vereinigung aber einen ganz neuen Stellenwert. Während das DHM die gesamte deutsche Geschichte epochenübergreifend darstellen sollte, fokussierte das HdG nur die Zeit nach 1945 und dabei vor allem die Bundesrepublik. Die DDR-Geschichte erhielt in beiden Häusern eher eine Nischenposition, obwohl das DHM 1990 mit dem Zeughaus in Berlin das Gebäude und einen nicht unerheblichen Teil seiner Sammlung vom »Museum für Deutsche Geschichte« der DDR geerbt hatte. 1999 eröffnete das Bonner HdG eine Dependence in Leipzig (»Zeitgeschichtliches Forum«), in der der Schwerpunkt auf Ostdeutschland lag. Die Präsentation der jahrzehntelang getrennten Nationalgeschichte wurde also auf zwei Häuser verteilt, wenn auch verbunden mit regelmäßigem Austausch von Exponaten und Wechsellausstellungen. Wie umstritten die Rolle der DDR-Geschichte in der deutschen Erinnerungskultur ist, zeigte etwa 2006 eine heftig geführte geschichtspolitische Debatte um die Musealisierung der ostdeutschen Alltagsgeschichte.¹¹

8 Vgl. Sharon J. Macdonald, Nationale, postnationale, transkulturelle Identitäten und das Museum, in: Rosmarie Beier (Hg.), *Geschichtskultur in der Zweiten Moderne*, Frankfurt a.M. 2000, S. 123-147.

9 Selbst die Leibniz-Gemeinschaft, der nationalistischen Geschichtspolitik unverdächtig, erläuterte die Aufgabe ihrer »Forschungsmuseen« in einem Konzeptpapier vom Juni 2012 wie folgt: »Forschungsmuseen [tragen] mit ihrer Arbeit maßgeblich zur Formung des kulturellen Gedächtnisses der Gesellschaft bei und leisten insbesondere mit ihren öffentlichkeitswirksamen Ausstellungen einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration und zur Stiftung kultureller Identität.« Vgl. <<https://www.brmbf.de/files/Bund-Laender-Eckpunktepapier-Forschungsmuseen-Leibniz.pdf>>, S. 2.

10 Thomas Thiemeyer, *Geschichte im Museum. Theorie – Praxis – Berufsfelder*, Tübingen 2018, S. 8.

11 Vgl. Martin Sabrow u.a. (Hg.), *Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte*, Göttingen 2007.

Die beiden sogenannten Kohl-Museen, maßgeblich initiiert und durchgesetzt vom damaligen Bundeskanzler, standen zunächst unter dem Verdacht parteipolitischer Einflussnahme. Diese Ängste führten zu öffentlichen Diskussionen und zu einer sehr langen Vorlaufzeit der Eröffnung des DHM, das letztendlich eher durch fehlende Thesen denn durch politische Aussagen von sich reden machte.¹² Die geplante Überarbeitung der Dauerausstellung wird zeigen, inwieweit die Idee der Nationalgeschichte noch im Vordergrund des Museums stehen kann. Schon die alte Ausstellung von 2006 hatte unter dem Titel »Deutsche Geschichte in Bildern und Zeugnissen aus zwei Jahrtausenden« versucht, die Geschichte des deutschen Kulturraumes im europäischen Kontext zu präsentieren und damit die nationalstaatlichen Grenzen zu überwinden.¹³ Dies entspricht der Erkenntnis, dass sich Identität mit Blick auf eine mögliche einheitliche deutsche Nationalkultur kaum herstellen lässt. Denn ob Identität gestiftet werden kann, hängt nicht allein von den Stiftern ab – in diesem Fall von den Museen –, sondern auch von den Rezipientinnen und Rezipienten. Sie müssen die jeweils entworfene Identität annehmen und sich als Teil der präsentierten Kultur verstehen.¹⁴ In der Migrationsgesellschaft kann dies nicht durch eine auf die Nation oder auf »Europa« als Addition von Nationalstaaten reduzierte Geschichte funktionieren.¹⁵ Neue Verknüpfungen und Perspektiven sind gefragt. Einen Lösungsansatz sehen viele Museen in partizipativen Projekten, mit deren Hilfe nicht nur neue Besuchergruppen, sondern auch neue und andere Objekte sowie bisher vernachlässigte Themen ins Museum gebracht werden sollen.¹⁶

Mit dem Stichwort »Migration« ist auch das Problem der musealen Repräsentation inter- und transnationaler Phänomene angesprochen. In Zeiten, in denen die universitäre Geschichtswissenschaft immer stärker globalgeschichtliche Ansätze propagiert und die Effekte der Globalisierung im Alltagsleben immer spürbarer werden, erscheint eine vorrangig nationale Rahmung historischer Erzählungen auch im Museum immer weniger überzeugend. Interessanterweise entsteht in Berlin mit dem Dokumentationszentrum zu »Flucht und Vertreibung weltweit« der Bundesstiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« gerade ein Museum, das sich einem transnationalen Thema widmet, zunächst aber stark unter dem Verdacht nationaler Geschichtspolitik

12 Vgl. zur Diskussion um die fast 20 Jahre nach Gründung des DHM eröffnete Dauerausstellung: Jan-Holger Kirsch/Irmgard Zündorf (Hg.), *Geschichtsbilder des Deutschen Historischen Museums. Die Dauerausstellung in der Diskussion*, in: *Zeitgeschichte-online*, Juli 2007, URL: <<https://zeitgeschichte-online.de/thema/geschichtsbilder-des-deutschen-historischen-museums>>.

13 Vgl. zu dieser auch andernorts praktizierten Europäisierung nationaler Museen Camille Mazé, *Zwischen Geschichts- und Gedächtnispolitik. Die Europäisierung nationaler Museen*, in: François u.a., *Geschichtspolitik in Europa seit 1989* (Anm. 3), S. 491-513.

14 Vgl. auch Thiemeyer, *Geschichte im Museum* (Anm. 10), S. 25f.

15 Vgl. zu der in den letzten Jahren intensiver geführten Debatte über Migrationsgeschichte im Museum stellvertretend die Texte in *IMIS-Beiträge 51* (2017): *Die Szenographie der Migration. Geschichte. Praxis. Zukunft*, hg. von Marcel Berlinghoff, Christoph Rass und Melanie Ulz.

16 Vgl. etwa Susanne Gesser u.a. (Hg.), *Das partizipative Museum. Zwischen Teilhabe und User Generated Content. Neue Anforderungen an kulturhistorische Ausstellungen*, Bielefeld 2012.

stand. Groß war die Sorge, dass das Haus einen revisionistischen Blick auf die Geschichte der deutschen Vertriebenen am Ende des Zweiten Weltkrieges fördern werde. Erst nach mehrfachem Leitungs- und Gremienwechsel sowie einer Neukonzeption, verbunden mit auch durch die unmittelbare Gegenwart veränderten Perspektiven auf Flucht und Vertreibung, hat sich die Diskussion derzeit beruhigt. Was die Ausstellung künftig wirklich zeigt, wird erst nach der Eröffnung, vielleicht noch 2019, zu bewerten sein.¹⁷ Gegenüber vom genannten Dokumentationszentrum entsteht derzeit ein weiteres Museum, das Vertreibung und Exil als transnationale Phänomene beleuchten soll: das Exilmuseum. Finanziert durch eine private Stiftung, will es das Exil im Nationalsozialismus bzw. die Exilerfahrungen von Menschen, die nach 1933 gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen, in den Fokus nehmen. Dadurch möchte es ein Verständnis für Exil fördern und ein »Zeichen gegen alle Formen der Vertreibung« setzen.¹⁸

Eine andere Form der transnationalen Geschichtsbetrachtung findet sich in dem 2017 eröffneten »Haus der Europäischen Geschichte« in Brüssel – ein Beispiel für länderübergreifende Geschichtsdarstellung, das jedoch auf eine europäische Sinnstiftung zielt. Es versteht sich als Gegenentwurf zu den nationalen Geschichtserzählungen in Europa. Der Journalist Thomas Kirchner hat es als »Museum wider den Nationalismus« bezeichnet.¹⁹ Die »Vision«, die auf der Website des Hauses formuliert ist, zielt daher auch weniger auf die Gesamterzählung einer europäischen Geschichte, sondern verspricht eine »europäische Sichtweise auf die Geschichte«. Ganz im Sinne einer Dekonstruktion des Historischen will es »verschiedene Auslegungen« präsentieren und »das Lernen anhand länderübergreifender Sichtweisen in ganz Europa in Gang [...] bringen«. ²⁰ Damit steht das »Haus der Europäischen Geschichte« einerseits für die Überwindung des nationalgeschichtlichen Paradigmas im Museum und andererseits für den Versuch, den Konstruktionscharakter von Geschichte in der musealen Darstellung offenzulegen. Gleichzeitig bleibt unverkennbar, dass auch das »Haus der Europäischen Geschichte« das Ergebnis einer geschichtspolitischen Initiative ist – in diesem Fall des Europäischen Parlaments, besonders seines früheren Präsidenten Hans-Gert Pöttering – und eine geschichtspolitische Agenda verfolgt.

Im Dezember 2018 wurde in der Nähe von Brüssel ein weiteres Museum (wieder) eröffnet, das ein Schlaglicht auf die gegenwärtigen museumspolitischen Diskussionen wirft. Das »AfricaMuseum« geht auf das »Museum von Belgisch-Kongo« zurück, das Leopold II. an der Wende zum 20. Jahrhundert als Propagandainstrument für

17 Vgl. <<https://www.sfvv.de/de>>.

18 Vgl. die Selbstdarstellung in der Broschüre: Exilmuseum Berlin. Vision und Hintergründe, Berlin 2018, S. 3, sowie die Website: <<https://stiftung-exilmuseum.berlin>>.

19 Thomas Kirchner, Ideen gegen Dämonen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 5.5.2017, S. 11.

20 <<https://historia-europa.ep.eu/de/auftrag-zielsetzung>>. Vgl. auch, gleichsam als Gegenprojekt zum Haus der Europäischen Geschichte, das geplante Museum of Brexit: <<https://www.museumofbrexit.uk>>.



Nach fünfjährigem Umbau Ende 2018 wieder eröffnet – aber weiter ein Politikum: das »Königliche Museum für Zentral-Afrika« in Tervuren bei Brüssel (Wikimedia Commons, Jean Housen, <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:20190205_tervuren_africa_museum133.jpg>, <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>>)

sein Kolonialprojekt gegründet hatte. Heute steht es als besonders markanter Fall für alle europäischen ethnologischen und völkerkundlichen Museen, die sich unter wachsendem Druck der Öffentlichkeit mit ihrer eigenen Kolonialgeschichte auseinandersetzen müssen. Allerdings sieht sich das Museum selbst nach der Überarbeitung der Dauerausstellung weiter in der Kritik, da vielen die Auseinandersetzung mit der Kolonialvergangenheit nicht weit genug geht.²¹

21 Website des Museums: <<https://www.africamuseum.be>>. Zur Einordnung der neuen Dauerausstellung siehe u.a. Esther King, The man struggling to exorcize Leopold's ghost, in: *Politico*, 20.9.2018; Jörg Häntzschel, Für immer gestern, in: *Süddeutsche Zeitung*, 8.12.2018, S. 19; Rüdiger Schaper, Die Zukunft liegt in der Vergangenheit, in: *Tagesspiegel*, 14.12.2018, S. 23; Julien Bobineau, [Ausstellungsrezension,] in: H-Soz-Kult, 27.4.2019, URL: <<https://www.hsozkult.de/exhibitionreview/id/rezausstellungen-328>>.

2. Vier Beispiele

Museen sind niemals nur Objekte, sondern immer auch Subjekte, Akteure der Geschichtspolitik, selbst wenn sich in ihnen zunehmend eine kritische Reflexion in Bezug auf diese geschichtspolitische Rolle ausbildet. Museen sind aber auch nie die einzigen geschichtspolitischen Akteure, und sie können zum Gegenstand der politischen Einflussnahme von außen werden. Es stellt sich daher immer die Frage nach ihrer Autonomie in einem geschichtspolitischen Feld. Diese sollte in demokratischen Gesellschaften eigentlich durch die Kunst- und Wissenschaftsfreiheit garantiert werden. Wie besonders das erste Beispiele unserer Debatte zeigt, kann die museale Autonomie aber vehement von staatlicher Seite attackiert werden. Bei den weiteren Fallstudien sind es dann wiederum andere Akteure, die gegenüber den Museen oder aus diesen heraus Geschichtspolitik betreiben. Die vier Beispiele stehen deshalb auch für unterschiedliche Modi der musealen Geschichtspolitik.

Das »Museum des Zweiten Weltkrieges« in Gdańsk, mit dem sich *Daniel Logemann* und *Juliane Tomann* beschäftigen, kann eigentlich als Musterfall für den Versuch gelten, ein transnationales Ereignis wie den Zweiten Weltkrieg tatsächlich auch in transnationaler Perspektive zu behandeln. Die polnischen Museen als öffentliche Institutionen der Geschichtsvermittlung werden von der aktuellen Regierung aber zunehmend mit der eindeutigen Anforderung konfrontiert, nationale Sinnstiftungs- und Heldengeschichten zu erzählen. Im Fall des »Museums des Zweiten Weltkrieges« hat das zu einer bitteren Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den Museumsverantwortlichen geführt, die schließlich auch vor Gericht ausgetragen wurde und noch immer wird.²² Diese Verlagerung des geschichtspolitischen Streits, so die These von Logemann und Tomann, hat die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Dauerausstellung des Museums bisher weitgehend an den Rand gedrängt.

Um Fragen der Nationalgeschichte und der parteipolitischen Einflussnahme geht es auch im Fall des im November 2018 eröffneten »Haus der Geschichte Österreich« (HGÖ) in Wien, dem sich *Bettina Habsburg-Lothringen* in ihrem Beitrag widmet. Sie erkennt darin keine Neuaufgabe des klassischen Nationalmuseums, sondern ein zeitgeschichtliches Museum, das sich als gegenwarts- und zukunftsorientierten Ort des Aushandelns und der Moderation versteht, worin sich auch ein großkoalitionärer Konsens widerspiegelt. Wie sich das Profil dieser noch während einer SPÖ-ÖVP-Regierung geplanten Einrichtung allerdings unter den Bedingungen der aktuell regierenden ÖVP-FPÖ-Koalition weiterentwickelt, bleibt abzuwarten. Auffällig ist, dass wie beim »Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland« der offenbar als antiquiert oder zu eng geltende Begriff »Museum« vermieden wird.

22 Vgl. für die Tendenz, geschichtspolitische Auseinandersetzungen juristisch zu führen, auch ein Krakauer Gerichtsurteil (Ende 2018) zum ZDF-Dreiteiler »Unsere Mütter, unsere Väter« von 2013: <<https://www.zeit.de/kultur/film/2018-12/unsere-muetter-unsere-vaeter-zdf-verurteilt-schadenersatz-polen>>.

Während es im HGÖ trotz aller Abgewogenheit doch um die Zusammenführung nationaler Zeitgeschichtserzählung an einem (allerdings räumlich sehr beengten) Ort geht, beobachtet *Andreas Etges* in der Hauptstadt der USA eine zunehmende Pluralisierung der musealen Geschichtsdarstellung durch die Neueröffnung von Institutionen wie dem »National Museum of the American Indian« (2004) und dem »National Museum of African American History and Culture« (2016). Darin zeigt sich einerseits die zunehmende Anerkennung gesellschaftlicher Diversität. Andererseits wirft die Tendenz zur Aufteilung der Nationalgeschichte in Partikulargeschichten, die sich auch in Initiativen zur Gründung eines »National Women's History Museum« und eines »National Museum of the American Latino« äußert, die Frage nach der Integrationsfunktion von Geschichtserzählungen im Museum auf. Deutlich wird jedenfalls, dass diese neuen Museen nicht mehr primär der Konstruktion einer nationalen Identität dienen – wie noch die Nationalmuseen des 19. Jahrhunderts –, sondern der Darstellung und tendenziell der Affirmation einer jeweiligen Gruppenidentität.

Um Identitätspolitik geht es in gewissem Sinn auch bei der Debatte um das »Humboldt Forum« in Berlin, die *Daniel Morat* in seinem Beitrag resümiert. Dieses kulturpolitische Prestigeprojekt, das deutsche Weltoffenheit demonstrieren und dabei zugleich an preußisch-deutsche Traditionen anknüpfen soll, ist eher unfreiwillig zum Katalysator einer neuen Auseinandersetzung um den richtigen Umgang mit der deutschen Kolonialvergangenheit geworden. Die Frage nach Provenienz und Restitution von Objekten aus kolonialen Kontexten, die nicht nur in Bezug auf das »Humboldt Forum«, sondern auch für andere deutsche und europäische Museen – wie etwa das oben erwähnte »AfricaMuseum« in Tervuren – diskutiert wird, hebt dabei zugleich die enge Verknüpfung von musealer Sammlungs- und Kolonialgeschichte seit dem 19. Jahrhundert hervor. Sie stellt die Legitimität europäischer bzw. westlicher Deutungshoheit im Museum insgesamt auf den Prüfstand und macht es notwendig, die bisherigen Standards der Museumsarbeit in theoretischer und praktischer Hinsicht zu erweitern.²³

Alle hier behandelten Beispiele zeigen, dass die Geschichtspolitik im Museum gegenwärtig ein hart umkämpftes Feld ist. Die genannten neuen Museen wurden und werden schon vor ihrer Eröffnung in der Öffentlichkeit breit und kontrovers diskutiert. Diese Diskussionen dauern an, sodass die vorliegende Debatte nur eine Momentaufnahme sein kann.²⁴ Die Intensität der Auseinandersetzungen um Museen und Ausstellungen mag dabei manchen überraschen in einer Zeit, in der unsere Geschichtskultur und unsere Geschichtsbilder auch von anderen Medien wie Kinofilmen,

23 Siehe jetzt etwa das neue, einmal jährlich erscheinende Magazin des Deutschen Historischen Museums mit dem programmatischen Titel »Historische Urteilskraft«. Die Ausgabe 1 (2019) hat das Titelthema »Die Säule von Cape Cross – Koloniale Objekte und historische Gerechtigkeit«.

24 So wurde z.B. die Initiative der GRÜNEN zur Etablierung einer »zentralen Erinnerungsstätte« und weiterer Schritte zur »kulturpolitischen Aufarbeitung unseres kolonialen Erbes« erst kürzlich in den Bundestag eingebracht, weshalb sie im Beitrag über das Humboldt Forum nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 19/7735, 13.2.2019.

Fernsehsendungen, Computerspielen oder Internetangeboten mit höherer Reichweite geprägt werden. Museen gelten jedoch gerade im Kontext dieser Geschichtskultur noch immer als wichtige Instanzen, deren Spezifik zudem im Sammeln, Bewahren, Erforschen, Ausstellen und Vermitteln materieller Objekte liegt. Nur durch die ihnen zugeschriebene Macht als Identitätsanker auf lokaler, nationaler, aber auch internationaler Ebene lässt sich die verstärkte politische Einflussnahme bzw. der Versuch einzelner Regierungen und anderer politischer Akteure erklären, lenkend auf die Museen einzuwirken und sie als Instrumente ihrer Geschichtspolitik zu nutzen. Zumindest die öffentlich finanzierten Museen teilen mit der Geschichtswissenschaft indes den Anspruch, fachlichen Rationalitätskriterien und Bildungsidealen zu folgen. Es bleibt zu hoffen, dass sie sich gegenüber politischem und mitunter auch ökonomischem Druck behaupten können.

PD Dr. Daniel Morat

Freie Universität Berlin | Friedrich-Meinecke-Institut

Koserstr. 20 | D-14195 Berlin

E-Mail: daniel.morat@fu-berlin.de

Dr. Irmgard Zündorf

Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung

Am Neuen Markt 1 | D-14467 Potsdam

E-Mail: zuendorf@zzf-potsdam.de